

Entschließungsantrag **der Fraktion der SPD**

zur Großen Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN
— Drucksache 10/2378 —

Militarisierung des Weltraums

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die sowjetischen und die amerikanischen Anstrengungen in der Forschung und Entwicklung von Anti-Satelliten-Waffen (ASAT) und Anti-Raketen-Waffen (ABM) stellen die Welt vor zusätzliche Gefahren.

Es drohen ein neuer Rüstungswettlauf im Weltraum, eine empfindliche Beeinträchtigung der internationalen Stabilität und ein nochmals tiefer werdendes politisches Mißtrauen zwischen den beiden Supermächten mit entsprechenden Auswirkungen auf das Ost-West-Verhältnis. Es besteht die Gefahr einer umfassenden Militarisierung von Wissenschaft, Forschung und Technologie. Unsummen würden für ein politisch und militärisch fragwürdiges Programm ausgegeben zu Lasten der Aufgaben, die uns zur Überwindung der wirtschaftlichen Krisen, der Gefahren für Natur und Umwelt und der Unterentwicklung in weiten Teilen der Welt gestellt sind.

Der Deutsche Bundestag ist deshalb der Auffassung,

- daß im Interesse eines stabileren Friedens ein neuer Rüstungswettlauf verhindert werden muß;
- daß deshalb in den seit dem 12. März 1985 laufenden amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen alle Möglichkeiten genutzt werden sollten, um zu einer Vereinbarung eines sofortigen Test- und Einführungsverbots für Anti-Raketen-Waffen und für weltraumgestützte sowie nicht mit dem ABM-Vertrag zu vereinbarende Anti-Raketen-Waffen zu kommen;
- daß bei allen Forschungs-, Entwicklungs- und Testprogrammen auf militärischem Sektor bestehende Verträge strikt eingehalten werden. Dies gilt insbesondere für den ABM-Vertrag, den Weltraumvertrag und den begrenzten Teststop-Vertrag;

- daß im Sinne der sich aus Artikel VI des Nichtverbreitungsvertrages und aus der Präambel des ABM-Vertrags ergebenden Verpflichtungen eine drastische Reduzierung bzw. Beseitigung atomarer Offensivwaffen aller Reichweiten vereinbart werden muß;
- daß eine deutsche Beteiligung an der Forschung und Entwicklung von Anti-Satelliten-Waffen und weltraumgestützten sowie anderen nicht mit dem ABM-Vertrag zu vereinbarenden Anti-Raketen-Waffen mit den vorgenannten Zielen unvereinbar und deshalb abzulehnen ist.

Der Deutsche Bundestag hält es für erforderlich, zwischen zivilen und militärischen Programmen zur Nutzung des Weltraums sorgfältig zu unterscheiden.

Die amerikanischen Pläne im Zusammenhang mit dem Bau einer strategischen Weltraumverteidigung stellen die westdeutschen Verbündeten vor eine neue Herausforderung. Westeuropa muß zunächst seine eigenen Interessen definieren, und zwar sowohl in Hinsicht auf ein langfristiges Sicherheitskonzept als auch im Bereich der Grundlagenforschung. Die Westeuropäer müssen eine gemeinsame europäische Antwort finden, die außerhalb der militärischen Weltraumzusammenarbeit liegt.

Für besonders vordringlich hält es der Deutsche Bundestag deshalb, eine Zusammenarbeit in der Europäischen Gemeinschaft (EG) und in den in der European Space Agency (ESA) verbundenen Staaten voranzutreiben, um eine eigenständige europäische zivile Grundlagenforschung und Weltraumtechnologie zu entwickeln.

Der Deutsche Bundestag ist deshalb der Auffassung,

- daß die europäische Weltraumforschung auf die Förderung solcher Projekte zu konzentrieren ist, die eine technologiepolitische Selbstbehauptung Europas sichern und deren ziviler, wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Nutzen unmittelbar gegeben ist;
- daß die Mitgliedstaaten der EG oder der ESA mit ihren Leitungsorganen alle Anstrengungen unternehmen müssen, um eine gemeinsam getragene eigenständige zivile europäische Weltraumtechnologie weiterzuentwickeln;
- daß deshalb die Initiative der französischen Regierung für ein „Europa der Technologie“ durch die Bundesregierung unterstützt werden sollte;
- daß der Transfer von Know-how und die Veröffentlichung von Erkenntnissen in allen zivilen, wissenschaftlichen und technologischen Sektoren, namentlich der zivilen Weltraumtechnik, international zu wechselseitig gleichen und diskriminierungsfreien Bedingungen erfolgen muß.

Bonn, den 23. Mai 1985

Dr. Vogel und Fraktion